



Rede von

**Guido van den Berg MdL**

zum Thema:

**„Null Toleranz gegenüber Sabotageakten  
und Anschlägen auf Tagebaue –  
Landesregierung muss klares Signal setzen“**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/11895

in der 112. Sitzung  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
am Mittwoch, den 11. Mai 2016  
in Düsseldorf

[www.guido-vandenberg.de](http://www.guido-vandenberg.de)

**Guido van den Berg (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Hovenjürgen, wir sind zwar Kollegen im Wirtschaftsausschuss, aber Sie sind nicht mit mir im Innenausschuss. Sie können sich gerne von den Kolleginnen und Kollegen aus dem Innenausschuss berichten lassen, dass wir dort sehr intensiv über dieses Thema beraten haben.

*(Zuruf von Theo Kruse [CDU])*

Insofern ist die Aufforderung „Endlich handeln!“ eine etwas schwierige Formulierung; denn wir haben erst kürzlich nach einem Bericht des Innenministers festgestellt, dass wir es gut finden – übrigens parteiübergreifend –, dass der Ermittlungsdruck dort im Hambacher Forst verstärkt worden ist.

Es ist festgestellt worden, dass dort eine andere Stufe der Gewalt stattfindet. Früher ging es vor allen Dingen gegen Sachen; jetzt aber sind Personen betroffen. Wir haben uns auch darüber unterhalten, dass das, was dort an Wurfgeschossen und Zwillen im Einsatz ist, rein gar nichts mit jugendlichen Aktivitäten zu tun hat. Vielmehr hat mir die Einsatzhundertschaft in den Gesprächen vor Ort bestätigt, dass ihre Schutzausrichtung dafür nicht geeignet ist.

*(Theo Kruse [CDU]: So ist es!)*

Diese Beamten haben – ebenso wie Mitarbeiter des Unternehmens und Dritte – Angst, diesen Raum zu betreten. Deswegen hält man es für gut, dass die Polizei so viel Präsenz vor Ort zeigt. Beim Polizeipräsidium Aachen ist eine gemeinsame Ermittlungsgruppe eingerichtet worden. Die Einsatzhundertschaften dort sind präsent und sorgen dafür, dass die Mitarbeiter sicher arbeiten können.

Wir haben auch darüber gesprochen, dass es nicht sein kann, dass sich die Menschen der Strafverfolgung entziehen können, wenn Identitäten verschleiert werden. An dieser Stelle erinnere ich an § 127b Strafprozessordnung. Diese Vorschrift ermöglicht auch bei einer nicht festgestellten Identität die Anordnung einer Hauptverhandlungshaft.

Ich möchte in diesem Zusammenhang kritisch anmerken, dass ich nicht den Eindruck habe, dass Justiz und Staatsanwaltschaft an allen Stellen die nötige Sensibilität an den Tag legen. Wenn ich im Internet einen Aufruf finde, – ich zitiere –: „Sämtliche Sicherungen des Rechtsstaates sind durchgebrannt, lasst uns dem Monsterstaat die Zähne ausschlagen.“

Der zuständige Staatsanwalt erklärt mir daraufhin, dass es ihm nicht ausreichend sei – Zitat –, „eine konkludente Bezugnahme auf solche Taten mit deren nötiger Gewissheit“ – Zitat Ende herzustellen. Dann frage ich mich schon: Stimmt diese Wirklichkeit, gesagt in einer warmen Staatsanwaltstube, mit der der Beamtinnen und Beamten im Hambacher Forst noch überein? An diese Sachen müssen wir kritisch herangehen und unsere Position wirklich deutlich machen.

Aber, Herr Hovenjürgen, wir dürfen nicht alle in einen Topf werfen.

*(Josef Hovenjürgen [CDU]: Haben wir auch nicht gemacht!)*

Sie haben gerade eine Spur gelegt, Herr Hovenjürgen, und zwar zur grünen Parteijugend. Sie haben so getan, als ob das quasi die geistigen Brandstifter seien, die zu der Gewalt im Hambacher Forst aufgerufen hätten.

*(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ich habe die Grünen nicht beim Namen genannt!  
Das habe ich nicht gemacht!)*

Das ist grober Unfug, sage ich Ihnen.

Ich sage Ihnen außerdem: Diejenigen, die die Dinge verharmlosen, finden wir eher bei Herrn Döschner und beim WDR. Dort wurde gesagt: „Vielleicht sollte der Innenausschuss Putin und Assad einladen. Die haben bestimmt gute Tipps für den richtigen Umgang mit Terroristen (Fassbomben, Giftgas, etc.).“

*(Zuruf von der FDP: Das ist ungeheuerlich! –  
Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das war großartig!)*

Das war das Sprachrohr des Westdeutschen Rundfunks! Das finde ich viel skandalöser.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich doch an, wer da unterwegs ist: Das sind keine Parteiaktivisten – im Gegenteil: Das ist eine anarchisch organisierte Szene. Diese hat weder mit unserem Rechtsstaat noch mit demokratischen Institutionen oder Parteien etwas zu tun. Und wenn Sie hier versuchen, so etwas herzustellen, dann tun Sie den Kolleginnen und Kollegen allesamt Unrecht – vor allem den Kollegen der Grünen. Das muss ich an dieser Stelle deutlich machen.

*(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ich habe die Grünen nicht genannt,  
Herr Kollege van den Berg!)*

Sie haben gleichzeitig noch ausgeführt, lieber Herr Kollege – das steht auch in Ihrem Antrag –, die Landesregierung solle deutlich machen, dass sie – Zitat – zu den rechtstaatlichen Verfahren genehmigter Tagebaue stehe.

Lieber Herr Kollege Hovenjürgen, dann reden Sie als Wirtschaftspolitiker bitte mal mit Herrn Landrat Spelthahn. Als die Gewalt im Hambacher Forst eskalierte, hat Herr Spelthahn vorgeschlagen, die Abbauszenarien neu in Einklang zu bringen und auch Reduktionsforderungen mit Tagebauplänen kompatibel zu machen.

Das ist vielleicht eine Haltung: Wir tauschen Gewalt gegen Tagebaugrößen ein! Das müssen Sie erst mal in Ihrem Laden klären, bevor Sie an dieser Stelle solche Anträge einbringen.

*(Josef Hovenjürgen [CDU]: Und Sie, Herr Kollege, auch!)*

Wie steht es denn da um das Verhältnis zwischen Ihren Prinzipien, die Sie vorhin hochgehalten haben, und der Rechtstaatlichkeit? Ich glaube, dass Sie da eine ganze Menge zu tun haben.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Hovenjürgen zulassen?

**Guido van den Berg (SPD):** Ja, sehr gerne.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Herr Kollege van den Berg, schönen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sind Sie denn bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Äußerungen des Landrats Spelthahn zumindest keine Gewalttätigkeit gegenüber Dingen und Menschen darstellen?

**Guido van den Berg (SPD):** Herr Kollege, ich bin gerne bereit, zuzugeben, dass Herr Spelthahn – ich kenne ihn ja gut – kein Gewalttäter ist. Da sind wir uns einig. Aber Sie haben vorhin darauf abgestellt, dass wir rechtstaatliche Verfahren genehmigter Tagebauen nicht in Frage stellen dürfen. Sie haben das Rechtsstaatsverfahren hochgehalten.

Sie haben zugleich einen exponierten Vertreter in Ihrer Region, der in dem Zusammenhang gerade diesen Vorschlag macht, nämlich genehmigte Tagebauflächen gegen einen Friedensplan – wie das in der Presse so schön hieß – zur Deeskalation im Hambacher Forst einzutauschen.

Ich glaube, dass Sie da, bevor Sie mit dem Finger auf andere zeigen, Diskussionsbedarf in den eigenen Reihen haben. Das wollte ich deutlich machen. – Herzlichen Dank.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg.

\* \* \*